

Unternehmen lahmgelegt?

In den beiden ersten Teilen unserer Trilogie wurde die grundsätzliche Notwendigkeit von Bürokratie zum Erhalt von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in modernen, hoch entwickelten Gesellschaften aufgezeigt. Oft wird radikale Deregulierung gefordert, doch auch hier geht es letztlich um den goldenen Mittelweg – ein vernünftiges Maß.

Als das Bestreben, frei, kreativ und eigenverantwortlich zu wirtschaften, sieht Sandra Wolf, geschäftsführende Gesellschafterin von Riese und Müller, das Unternehmertum, was übergeordnet staatlichen Reglementierungen und Auflagen widerspreche. Zugleich ist sie davon überzeugt, dass Regularien und Bürokratie für das Gemeinwesen unerlässlich seien.

Mehr Verordnungen und Details

Problematisch wird es, wenn bürokratischer Aufwand für unverständliche neue Verordnungen auf die aktuell schwierige wirtschaftliche Situation der Fahrradbranche trifft. Bei der dafür erforderlichen Konzentration auf das Kerngeschäft ist jeder zusätzliche, nicht die Wirtschaftlichkeit verbessernde Aufwand, lästig.

»Neben wichtigen Regeln und verbindlichen Standards kommt stetig Neues auf uns zu und damit steigt auch die Verantwortung«, sagt Wolf. Bei Steuern, Sozialversicherungen, Brandschutz, Finanzen, Zoll, Audits, Kontrollen, Prüfungen werde es jährlich detaillierter, da komme man

kaum noch nach. »Bei den US-Zöllen war es etwa sehr herausfordernd, die genauen Stahlteile von unseren Zulieferern zu erfahren. Kleinste Ungenauigkeiten können da herbe wirtschaftliche Konsequenzen haben.« Das sei eine Überlastung in Art und Umfang, Unternehmer würden durch diese Überbürokratisierung praktisch lahmgelegt.

Und Wolf fragt sich, warum der Aufwand immer höher wird, auch die Wirtschafts-, Steuer- und Finanzprüfungen würden zunehmend länger dauern, seien detaillierter und ließen weniger Spielraum. »Als Unternehmerin fühle ich mich dadurch manchmal weniger frei, und es bleiben weniger Ressourcen für die eigentliche Arbeit – gute Fahrräder zu bauen.« Aus Erfahrung weiß sie allerdings, dass jegliche Art von Bürokratie weltweit verbreitet ist.

Regelwerke teils widersprüchlich

Ein großes Problem sei auch die Inkompatibilität verschiedener Regelwerke, etwa beim gesetzlichen Brandschutz und bei der freiwilligen Nachhaltigkeitszertifizierung ISO 14001. Schreibe ein Regelwerk be-

stimmte Maßnahmen vor, besage ein anderes das Gegenteil: »Man hält sich beim Bau ganz genau an alle Brandschutzvorgaben, und später heißt es im Rahmen der ISO-Zertifizierung, aus Nachhaltigkeitsicht hätte man manches anders lösen sollen. Gerade weil Brandschutz so wichtig ist, merkt man hier deutlich, dass die verschiedenen Anforderungen noch besser aufeinander abgestimmt sein könnten.«

Ähnliches bemängelte schon Guido Müller, Geschäftsführer des Beleuchtungsherstellers Busch und Müller, im Gespräch mit dem RadMarkt (03/2026). Er berichtete vom mehrmaligen Aufgreifen derselben Sachverhalte und meinte, bei offizieller ISO-Zertifizierung sollten bereits nachgewiesene von anderen Regelwerken auch anerkannt werden.

»Belastungen durch staatliche Bürokratie schlagen auch auf die Stimmung in den Unternehmen«, so Wolf. »Grundsätzlich bleibt das Gesamtgefühl, dass in Deutschland vieles komplizierter ist als nötig. Ich finde ich den Ruf nach Entbürokratisierung und Vereinfachung sehr verständlich.«

Belastung durch Eigeninitiative

Fahrradhersteller Riese und Müller wurde als Vorreiter in der Branche mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2025 ausgezeichnet. Schon 2020 war in einem ersten Verantwortungsbericht die Zuliefererherkunft transparent. Und 2021 setzte sich Sandra Wolf bereits öffentlich für eine Stärkung des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) ein und befürwortete die Entwicklung einer Europäischen Lieferkettengerichtlinie (CS3D), die allerdings jüngst von der EU wieder deutlich verwässert wurde.

»Das haben wir freiwillig und aus Überzeugung gemacht und die von uns angeschobenen Projekte, wie das Aluminiumrecycling, haben uns und die Branche extrem weitergebracht. Die dann folgenden gesetzlichen Regelungen waren vielfach andere. Aufgrund unserer Erfahrung



»Belastungen durch staatliche Bürokratie schlagen auch auf die Stimmung in den Unternehmen.«

Sandra Wolf

wären wir bei dem Gesetz anders vorgegangen.« Der Mehraufwand durch die zusätzliche Vorbereitung auf Berichtspflichten nach formalen Vorgaben führe in der aktuellen Branchenkrise dazu, dass eigene Projekte mitunter nur noch auf Sparflamme laufen könnten.

Branche als Vorreiter

Initiativen zu mehr Nachhaltigkeit gab es in der Branche schon recht lange, unter anderem im Rahmen des Bike Brainpool, dessen Mitgliedsunternehmen 2021 eine Bike Charta für Nachhaltigkeit und Lieferkettentransparenz als Selbstverpflichtung beschlossen. Der Entwicklungsprozess zur Bike Charta war von Kreativität und Enthusiasmus geprägt.

Als dann später erste Entwürfe der angestrebten gesetzlichen Regulatorik bekannt wurden, verschob sich der Fokus mehr auf den Gesetzestext und Fragen der Umsetzung von Normen. Sandra Wolf bedauert diese Entwicklung: »Statt weiterhin Probleme kreativ zu lösen, engte das geplante Gesetz eher ein und führte dazu, sich nur noch an den formalen Vorgaben

zu orientieren. Positiv ist jedoch, dass sich viele Unternehmen durch das entstehende Gesetz überhaupt erst mit der Thematik auseinandergesetzt haben.«

Führt das hohe Maß an staatlicher Bürokratie zu einem Problem für den Wirtschaftsstandort Deutschland? »In Teilen ja«, sagt Wolf, »die Attraktivität für eine Produktion in Deutschland sinkt eher.« Die Gründe seien aber auch vielfältig. Die Politik höre der Wirtschaft zu wenig zu, welche Probleme im Einzelnen besonders

drückend seien. Auch sei die allgemeine Stimmung in Deutschland dem Standort nicht förderlich. Die Atmosphäre sei freudlos, energiearm und nicht stimulierend. Außerdem gebe es zu wenig Rückhalt von Politik und Medien für die hiesigen Unternehmen, die immerhin die Arbeitsplätze und den Wohlstand sichern würden.

Text: Albert Herresthal

Foto: Riese und Müller

Vier Ansätze zur Verbesserung

Rechtsstaat und Demokratie brauchen Regeln, somit ist ein gewisses Maß an Bürokratie in Deutschland unvermeidbar. Viele sind sich einig: Erhöhter und detaillierter bürokratischer Aufwand raubt vielen Unternehmen Zeit, Energie und verursacht Zusatzkosten. Vier Ansätze könnten entlasten:

- 1 Politische, gesellschaftliche und medial ehrliche sowie weit-sichtige Debatten über das Thema sind erforderlich. Eine radikale Deregulierung würde nur das Tor öffnen zu Missbrauch und Ausnutzung entstehender Lücken.**
- 2 Höchstmöglich einheitliche EU-Bürokratie vermeidet Mehraufwand durch einen Flickenteppich nationaler Vorschriften.**
- 3 Verordnungen sollten innerhalb eines angemessenen Zeitraums evaluiert werden und Praxiserfahrungen in die Weiterentwicklung einfließen: Ist die Verordnung zweckmäßig, notwendig, zeitgemäß, verhältnismäßig, noch zu vereinfachen?**
- 4 Bessere Abstimmung und Synchronisation von Regelwerken sowie die Anerkennung dokumentierter Sachverhalte durch autorisierte Prüfinstanzen würde Bürokratie abbauen und dem Kontrollziel dienen (siehe ISO-Zertifizierungen).**

Des Weiteren sollten Wirtschaftsverbände das Thema konstruktiver angehen. Statt Verhinderungen anzugehen, sollten die legitimen Anliegen geplanter Verordnungen anerkannt, aufgenommen und im Sinne der Wirtschaft entwickelt werden. Das könnte deren Glaubwürdigkeit insgesamt erhöhen und wegführen von der reinen Lobbyagitation.

ah